

Die wirtschaftliche
Transformation in den
neuen Ländern

Mehr als eine ökonomische Aufgabe

Ulrich Blum

Viel zu häufig wird das Auferstehen aus den Ruinen des Sozialismus allein unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten bewertet. Dabei ist wirtschaftlicher Erfolg an eine Reihe kultureller Voraussetzungen geknüpft. Dieser Beitrag analysiert daher die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern auch vor dem Hintergrund vorökonomischer Prägungen der DDR. Das erlaubt es, das inzwischen Erreichte im kritischen Kontext darzustellen.

Die stetige Erosion der Voraussetzungen für die Einheit

Es waren weniger die Kriegszerstörungen, die Mitteldeutschland, das ab den Sechzigerjahren dann Ostdeutschland genannt wurde, einen schwereren Stand als dem Westen aufbürdeten; vielmehr forderten die Demontagen und die bereits frühzeitige Politik der wirtschaftlichen Abgrenzung sowie die Sowjetisierung aller Lebensbereiche zunehmend ihre Opfer, vor allem das stete Abwandern bürgerlicher Eliten bis zum Mauerbau.

Ab Anfang der 1970er-Jahre verschlechterten sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Einheit permanent. Die Reste mittelständischen Wettbewerbsgeistes wurden durch die von Honecker erzwungenen Verstaatlichungen der verbliebenen Privatwirtschaft zerstört. Die größeren Mittelständler, meist mit staatlicher Beteiligung wirtschaftend, besaßen eine um fast fünfzig Prozent höhere Produktivität als der Durchschnitt der Wirtschaft, verdienten

viele Westdevisen und erhielten damit die internationale Zahlungsfähigkeit der DDR. Der Unternehmer besitze, so Walter Sombart (1913), die Mentalität des Eroberers, des Organisators und des Händlers – mindestens die erste und dritte Eigenschaft wurden nachhaltig ruiniert und richteten ein menschliches und wirtschaftliches Zerstörungswerk an (Arp 2005). In Folge sank die Exportfähigkeit, und der Richtungskoeffizient, also die Anzahl Ostmark, um eine Westmark zu verdienen, stieg stetig an. Dieses Zerstören wirtschaftlicher Gesinnung hat langfristig dramatische Folgen: Acht Jahre später, im Jahr 1981, war die DDR zahlungsunfähig. Franz Josef Strauß (1989) löste als Verhandlungspartner von Alexander Schalck-Golodkowski (2000) das Problem mit einem Milliardenkredit. Dies gab der DDR zu einem Zeitpunkt, da sie aus internationalen Gründen nicht zusammenbrechen durfte, einen Aufschub. 1989 zwangen ähnliche Fundamentalprobleme wie 1981 das Land in die Knie.

Der ökonomische Zusammenbruch und das Schürer-Papier

Den tatsächlichen Zustand des Ostens am Vorabend der Wiedervereinigung bezeugt eine Untersuchung, die das Zentralkomitee der SED nach dem Sturz von Honecker in Auftrag gab. Diese als „Schürer-Papier“ (1989) bekannte Analyse – Gerhard Schürer war Vorsitzender der Staatlichen Plankommission beim Ministerrat der DDR – kommt zu dem Ergebnis, dass das Land nur überleben könne,

wenn entweder der Lebensstandard dramatisch gesenkt, der Export vervielfacht oder das Wirtschaftssystem aufgegeben werde. In der Realität fand dies in der „Drohung“ „Wenn die Mark nicht zu uns kommt, dann kommen wir zu ihr“ seine Entsprechung. Es kam zum Systemwechsel mit den ersten freien Wahlen im Frühjahr 1990. Denn ein Senken des Lebensstandards erschien als nicht durchsetzbar in einer Welt von Glasnost und Perestroika, und die Technologie der Wirtschaft der DDR erlaubte kein nachhaltiges Steigern der Exporte in den nicht sozialistischen Wirtschaftsraum, sodass nur die Selbstaufgabe verblieb. Neben den bekannten Schwierigkeiten stand allerdings die Wiedervereinigung auch vor kaum benannten Problemen:

1. Allein die Dauer der deutschen Teilung verschlechterte die Perspektiven einer späteren Wiedervereinigung; man vergisst, dass im Frühjahr 1990, bei der ersten freien Wahl in Ostdeutschland, die eigenen Demokratieerfahrungen der Bevölkerung schon fast sechzig Jahre zurücklagen.
2. Die Rückbesinnung auf die Geschichte Mitteldeutschlands, vor allem auf die Reformation und den aufgeklärten Absolutismus Preußens, aber auch auf die Geschichte der deutschen Sozialbewegung und auch auf die sportlichen und scheinbaren wirtschaftlichen Erfolge erzeugte eine Eigenidentität. Nicht umsonst verweist Robert Böhmer (2005) darauf, dass es in den evangelischen Erblanden des Ostens eine einzigartige Verbindung zwischen protestantischer Ethik im Sinne der Weber-These (1905) und dem Problem der Statussuche in der Tradition von Thorstein Veblen (1899) gab. Diese erkläre einerseits die Disziplin beim Aufbau der DDR, heute aber die missliche mentale Lage der Gegenwart, das „ostalthische“ Verklären

der eigenen Lebensleistung und die wirtschaftliche Dissonanz gegenüber der Bewertung des Erreichten.

3. Durch das Ausbleiben eines tiefen Tals der Tränen, das eigentlich gesellschaftlich und wirtschaftlich analog zu anderen mittel- und osteuropäischen Staaten im Transformationsprozess zu durchschreiten gewesen wäre, konnten zwar massive soziale Probleme vermieden werden. Es gab damit aber auch keine harte Auseinandersetzung mit den mentalen Zerstörungen dieses politischen und wirtschaftlichen Systems, vor allem im Spannungsverhältnis „Gerechtigkeit“ und Staat einerseits sowie Selbstverantwortung und Unternehmertum andererseits.
4. Nach dem Zusammenbruch der Zentralverwaltungswirtschaft im globalen Systemwettbewerb (Blum, Dudley 1999) wurden viele spezifische Kenntnisse einer Zentralverwaltungswirtschaft entwertet, und die Funktionsweise einer Marktwirtschaft musste teilweise mühselig erlernt werden. Damit stiegen die Transaktionskosten, die als „Schmiermittel“ gesellschaftliche Abläufe minimieren (Blum, Dudley, Leibbrand, Weiske 2005).
5. Der Westen, der offensichtlich das Interesse an der Einheit verloren hatte und deren politische und wirtschaftliche Dimensionen *ad acta* gelegt hatte, konnte hier letztlich auch keine Transformationspolitik „aus einem Guss“ leisten. In der Tat beschrieb das Innerdeutsche Ministerium Untersuchungen zu einer möglichen Integration Osteuropas in die EU und auch der DDR in einem Schreiben an den Autor vom 8. November 1989 als „Desiderat“ der Forschung. Auch im Osten wurde die Entwicklung des Westens, insbesondere die Wirkungen des Europäischen Integrationsprozesses auf die eigene ideologische und damit auch politische Stabilität, nicht zur Kenntnis

genommen (Berg 1985). Zudem war die analytische Sicht extrem getrübt: DIW oder CIA bezifferten Mitte der Achtzigerjahre das Pro-Kopf-Einkommen der DDR mit achtzig Prozent des Westens (Wegener 1995).

Ordnungsrahmen und Wirtschaftspolitik

Man muss bei Eucken, Röpke oder Müller-Armack, aber auch bei Nell-Breuning oder in der Enzyklika *Centesimus Annus* nachlesen, um zu wissen, dass die Soziale Marktwirtschaft auf dem Anspruch des Bürgers auf eine menschenwürdige Wirtschaftsordnung fußt und damit die Wertbindung als zentraler Ausgangspunkt zu betrachten ist (Blum 2007). Man kann dies nicht als deutschen Sonderweg bezeichnen: Adam Smith (1754, 1776) beschreibt im *Wohlstand der Nationen* nicht nur das Wohlstandsfördernde der Arbeitsteilung, er erkennt auch den Bedarf für eine Werthaltung. Die handelnden Individuen werden von einem unabhängigen Zuschauer beurteilt und sind gehalten, eigenes und fremdes Handeln zu verstehen, was ihnen moralische Kompetenz gibt und der Gesellschaft eine kollektive Wertbasis. Aus Sicht des abendländischen Kulturerbes knüpft dies an den Kanon der Kardinaltugenden an. Jenseits des Eisernen Vorhangs verlor aber zunehmend das speziell Europäische am humanistischen Gesellschaftsmodell an Deutlichkeit, das nach Theodor Heuss drei Elemente besitzt: das Erbe des griechischen Areopag, also die Demokratie, das römische Capitol, also die *res publica* und das Rechtssystem, und Golgatha, also das Menschenbild von Würde, Freiheit, aber auch Demut. Weitere Elemente sind das Recht (beziehungsweise die Verpflichtung) zum Schöpferischen, was der Staatsozialismus einschränkte, die Belohnung des Tüchtigen, aber auch die Barmherzigkeit für Schwache und das grundsätzliche Akzeptieren von Gnade. Im

Sinne von John Rawls (1971) muss dies jeder dem anderen unter dem Schleier des Unwissens, also des Fehlens jeglicher Kenntnis über die gesellschaftliche Position, zubilligen. Die eigene Position ist nicht allein Folge eigener Begabungen und Tüchtigkeit. Insbesondere ist es kein individuelles Verdienst, im historisch erfolgreicherem Gesellschaftssystem groß geworden zu sein und damit wichtige „marktwirtschaftliche“ Fähigkeiten zu beherrschen.

Nicht umsonst betont Eucken (1951) konstituierende und regulierende Prinzipien, die naturrechtliche Ansprüche enthalten – so die auf Eigentum und die Freiheit zum Markteintritt, also zum Unternehmertum –, aber auch sozialethische Grenzen, die der Staat als Schiedsrichter gewährleisten muss. Dieser Ordnungsrahmen stellt als *the rule of law* die Essenz des modernen liberalen Staates dar, innerhalb dessen das Durchsetzen eines *spirit of competition* und *the pursuit of happiness* stattfinden. Genau hier aber sind die fundamentalen „vorökonomischen“ Mängel des Transformationsprozesses zu finden, nämlich einmal in einem fehlenden sozialen Wettbewerb. Staaten maßen sich Aufgaben an, die sie aufgrund „konstitutioneller Unwissenheit“ (Hayek 1945) nicht erfüllen können, und gehen auf Dauer an wachsenden Gruppenansprüchen (*rent seeking*) zugrunde (Hirschman 1970, 1993; North 1990; Olson 1982; Williamson 1985). Strukturbrüche bieten Chancen zur institutionellen Erneuerung. Nach der Wende dies einzufordern gestaltete sich als schwierig, zumal die Flexibelsten schnell in den Westen migrierten. Zum Zweiten blieb die postulierte „Rückgabe vor Entschädigung“ angesichts des Unwillens der Verfassungsorgane, die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) rückgängig zu machen, wirkungslos, so dass heute Unternehmenszentralen feh-

len und ein leistungsfähiger Mittelstand mühselig aufgebaut wird, die dafür geeigneten Eliten oft abwandern, weil vor Ort berufliche Perspektiven fehlen. Diese Problematik lässt sich empirisch validieren: Fehlende *Headquarters* und industrielle Forschung sind für rund zwei Drittel des Ost-West-Abstands beim Bruttoinlandsprodukt verantwortlich, weshalb gerade die Forschungskoperationen eine zentrale Bedeutung für die Zukunft besitzen, um über Wachstum eigene *Headquarters* zu erzeugen (Blum 2007; Günther et alii, 2009). Dieser Aspekt wird auch im Standardwerk von Gerhard Ritter (2007) völlig ausgeblendet. Das Bundesministerium für Finanzen weist in seiner Erbschaftsteuerstatistik 2005 aus, dass das Pro-Kopf-Aufkommen im Westen bei weit über dem Zehnfachen des Ostens liegt, was eine eigentumslose Gesellschaft bezeugt. Sollte „das Sein das Bewusstsein bestimmen“, dann verwundern die bereits weiter vorn von Böhmer (2005) in den 1990er-Jahren benannten mentalen Probleme in Ostdeutschland nicht. In der Tat wurde immer wieder darauf verwiesen, wie stark die Art der Privatisierung mit der dann sich entwickelnden Gesellschaftsstruktur verbunden ist.

Die Pfadbindung des oben Genannten wirkt viel stärker nach als die Probleme der Vereinigung, welche in den Neunzigerjahren betont wurden, nämlich Lohnanpassung, „Mezzogiorno-Effekt“ oder der durch die Einheit überteuerte Gang der DM in den Euro (Blum, Ludwig 2006).

Perspektiven der neuen Länder in der internationalen Arbeitsteilung

Die neuen Länder haben sich inzwischen in der internationalen Arbeitsteilung positioniert (vergleiche hierzu auch Institut für Wirtschaftsforschung Halle, 2009,

Ostdeutschlands Transformation seit 1990 im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren, Halle). Eine selbsttragende Wirtschaft existiert nur an wenigen Standorten, langfristig wird es diese erst mit einem neuen Technologiezyklus geben – beispielsweise Umwelttechnologien, vor allem nachhaltigen Energien, in denen besonders Mitteldeutschland bestens positioniert ist. Das erinnert an die Südstaaten der USA nach dem verlorenen Sezessionskrieg: Entwertung des spezifischen Humankapitals, Abwandern der Eliten, Übernahme der Eigentumstitel durch Gebietsfremde. Erst die Entwicklung der Leichtindustrie nach dem Ersten Weltkrieg verhalf einigen der Länder zu neuem Glanz. Das bedeutet auch, dass die Transfers im Rahmen des Solidarpakts weiter benötigt werden, um die notwendigen Grundlagen bereitzustellen, und dass mancher technologische Standortwettbewerb zu spät gekommener westdeutscher Flächenländer gesamtstaatlich ineffizient ist, weil er gemeinsame Chancen erodiert.

Umso wichtiger ist es, die neuen Hochtechnologiesektoren in den neuen Ländern zu halten, damit sie langfristig standortprägend wirken können. Das erfordert neben den technologischen Voraussetzungen auch ein kulturelles Umfeld, das Kreativität erzeugt und einen weit größeren Teil der jungen Menschen sowohl für Qualifikation als auch für kulturelle und technologische Innovation begeistert, als dies gegenwärtig der Fall ist. Das knüpft vor allem an zentrale Traditionen der Region an. Hinzu müssen hoch entwickelte unternehmensnahe Dienstleistungen treten. Dann kann auch das Abwandern neu entstandener Führungsfunktionen verhindert und so auch das Humankapital vor Ort stabilisiert werden.